



Protokoll der 7. ordentlichen Sitzung des Stiftungsbeirats am 11.7.2010

Anwesend: Greta Wehner, Dr. Jürgen Schmude, Peter Adler, Hanjo Lucassen
Dr. Christoph Meyer (Protokollführer)
Martin Dulig, Thomas Jurk, Dr. Frank-Walter Steinmeier, Dr. Peter Struck, Dr.
Hans-Jochen Vogel (Gäste)
Entschuldigt: Dr. Klaus Deubel, Franz Müntefering, Dr. Eva-Maria Stange,
Ort: bei Greta Wehner, Dresden, Tornaer Straße 56a
Dauer: 13:00 bis 14:30 Uhr.

1. Begrüßung, Formalia

Jürgen Schmude heißt die Anwesenden willkommen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird gebilligt. Gegen das Protokoll der 6. Sitzung bestehen keine Einwände. Zum Protokollführer wird Christoph Meyer bestellt.

2. Finanzbericht 2009

Zu den Finanzen berichtet Christoph Meyer:

Der Finanzbericht ist zweigeteilt in die Bereiche Stiftung und Freundeskreis. Den Zahlen liegt die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer zugrunde, wodurch sie als ordnungsgemäß ohne Einwendungen bestätigt wurden. Die Prüfberichte werden vorgelegt.

Bei der Stiftung wurde 2009 ein Jahresüberschuss von 3.100 Euro erzielt. Das Vermögen der Stiftung allein hat sich allerdings auf etwa EUR 122.000 Euro erhöht. Dies liegt daran, dass wir die Freundeskreisbeiträge ab 2009 in den Vermögensstock fließen lassen – aus steuerlichen Gründen für die Spender und um gegenüber der Landesdirektion als Aufsichtsbehörde nicht allzu große freie Rücklagen auszuweisen. Aus diesem Grund und aufgrund weiter zurückgehender Zinseinnahmen wächst das Vermögen des Freundeskreises lediglich um 3.200 auf knapp 308.000 Euro. Wir hatten also, etwas mehr als im vergangenen Jahr erhofft, Ende 2009 ein Vermögen von zusammen etwa 430.000 Euro. Die Tendenz, in jedem Jahr doch mindestens 25.000 Euro zuzulegen, setzt sich fort.

Hans-Jochen Vogel fragt nach den sinkenden Zuschüssen der Neuen Gesellschaft sowie nach den geringer gewordenen Zinseinnahmen. Christoph Meyer erläutert, dass die Zuschüsse an die Neue Gesellschaft Sachsen aufgrund der Finanzsituation der sächsischen SPD abgesenkt worden sind. Bei den Zinseinnahmen bestätigt er, dass die Zinssätze im Zuge der Finanzmarktkrise tatsächlich auf einen Bruchteil gesenkt worden

sind. Von längerfristigen Anlageformen möchte Meyer aus Gründen der finanziellen Beweglichkeit (Stichwort: Haus) absehen.

Thomas Jurk fragt, auf welche Weise die Landesdirektion die Stiftung beobachtet. Christoph Meyer antwortet, dass es sich hier um die Rechtsaufsicht für die Stiftung handelt, welche einen jährlichen Bericht anfordert.

Hans-Jochen Vogel fragt, ob die staatlichen Leistungen angesichts der Wahlergebnisse gesenkt werden würden. Christoph Meyer bestätigt diese Möglichkeit. Es gibt Ankündigungen, dass der Freistaat die Zuwendungen tatsächlich absenken will. Es gibt hierzu Gespräche mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Brangs, und Christoph Wielepp von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es wird schwer werden das abzuwenden, aber es sollen alle Anstrengungen dazu unternommen werden. Peter Struck fragt Martin Dulig nach den Haushaltsberatungen in Sachsen. Dieser antwortet, dass die Beratungen für den Doppelhaushalt 2011/12 in diesem Herbst stattfinden.

Jürgen Schmude fasst zusammen: Wie man das abwenden kann, ist noch nicht klar. Wenn es nicht geht, bedeutet das einen ganz heftigen Einschnitt in die Arbeit, die dann in dem bisherigen erfreulichen Umfang nicht fortgesetzt werden kann. Daraus folgt, dass alles unternommen werden soll, das abzuwenden bzw. die Folgen zu mildern, wozu – bei allen Schwierigkeiten – die Fraktion in Sachsen gefordert ist. Und zweitens steht an, sich auf die veränderte Situation einzustellen, wenn der Fall eintritt. Dabei gibt es Überlegungen, was mit der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam getan werden kann, und es gibt die Frage, was Christoph Meyer dann macht, wenn es mit der bisherigen Arbeit so nicht mehr weitergehen kann.

3. Bericht über die Arbeit der Stiftung



Christoph Meyer verweist auf das Seminarprogramm für das zweite Halbjahr. Das Bildungswerk floriert und arbeitet gut, hat 2009 eine Rekordzahl an Seminaren erzielt. Teilnehmergebühren und Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung sind inzwischen die größten Einnahmeposten. Das hat jedoch problematische Folgen, da das Geld aus dem Freistaat Sachsen nun umso mehr gebraucht wird, um den

Betrieb aufrechterhalten zu können. Es führt auch zu einer Art von Prekarität, wenn die Anteile der institutionellen Mittel zurückgehen. Das Innenministerium zwingt zu verstärkter kommunalpolitischer Bildung – hier werden also die Schrauben angezogen. Es ist

bedenklich, dass ein Zuwendungsgeber, der eigentlich institutionell fördert, jetzt in die einzelnen Veranstaltungen hineinregiert.

Zur Arbeit der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung berichtet Christoph Meyer, dass die allmähliche Verzeichnung der Bibliotheksbestände durch Margarete Füßer fortgesetzt wird. Der Archivbereich mit einem sehr bedeutenden Teilnachlass von Herbert Wehner ist vollständig verzeichnet und wird wissenschaftlich genutzt. Es handelt sich insbesondere um Redeentwürfe, Manuskripte und den Bereich Häftlingsfreikäufe und Familienzusammenführungen. Aus diesem Archiv wird im Foyer der sich anschließenden Podiumsdiskussion erstmals ein farbiger Abdruck des Original-Redemanuskripts Herbert Wehners vom 30. Juni 1960 gezeigt, „Ein Blick in Wehners Werkstatt“.

Jürgen Schmude nennt als Gradmesser für die Bildungsarbeit: Geld aus Teilnehmergebühren. Viele Bildungsträger können solche Erfolge nicht aufweisen. Hans-Jochen Vogel macht ein großes Kompliment für die geleistete Arbeit und den Plan fürs laufende Jahr. Er freut sich, dass ein Teil der Arbeitskraft der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gewidmet wird und bittet, das Programm auch dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zuzusenden. Zum Archiv fragt er, was mit den Unterlagen wird, die sich im Archiv der sozialen Demokratie befinden. Soll dies zusammengeführt werden oder bleibt die Teilung? Außerdem verweist er darauf, dass die Frage der Aufteilung der Mittel auch auf der Bundesebene (Stiftungen) eine Rolle spielt, wobei die Wahlergebnisse sich dort nur mit einer Verzögerung auswirken. Hans-Jochen Vogel regt, an, sich hier kundig zu machen.

Christoph Meyer antwortet, ein Arbeitskontakt zu „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ besteht insofern als er selbst seit vergangenem Herbst Regionalsprecher dieses Vereins für Sachsen ist – wobei die Lage des Vereins hier nicht einfach ist. Für die Zukunft, so Meyer, ist eine enge Abstimmung mit der Ebert-Stiftung sicher hilfreich. Greta hat entschieden, dass dasjenige Archivmaterial, welches jetzt in Dresden ist, hier bleiben soll. Im Übrigen ist Meyer der Meinung, dass im Rahmen einer grundsätzlichen und gründlichen Bereinigung unseres Verhältnisses zur Friedrich-Ebert-Stiftung das durchaus noch einmal Thema sein kann. Denn aufgrund der überregionalen Bedeutung ist zu überlegen, wie dieser Nachlass für die Forschung optimal genutzt werden kann. Greta Wehner sagt, sie habe den Eindruck, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung geschieht nichts bzw. nichts Wesentliches. Ohne Grund, denkt sie, habe auch Helmut Schmidt seine Sachen nicht wiedergeholt. Ihr Bruder habe die Abgabe des Archivs in den Jahren 1989/90, kurz vor Herberts Tod, in die Wege geleitet, und sie sei in dieser Situation, mit jahrelanger schwerster Pflegearbeit beschäftigt, überfordert gewesen. Jürgen Schmude verweist darauf, dass dies bei Gesprächen berücksichtigt werden kann. Jedenfalls ist das Klima zwischen Ebert-Stiftung und Herbert-Wehner-Bildungswerk besser geworden. Es hat auf der Bundesebene Entspannung gegeben, und es gibt einen guten kollegialen Kontakt zwischen Christoph Meyer und Christoph Wielepp. Peter Struck als stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung glaubt ebenfalls, dass das Verhältnis besser geworden ist, auch seit einem Gespräch, das er zusammen mit Jürgen Schmude mit Anke Fuchs und Roland Schmidt geführt hat. Er berichtet, dass die Ebert-Stiftung ihre beiden Büros in Sachsen in Leipzig zusammenlegen wird und in Dresden dann nur

dann nur noch eine Außenstelle mit einem Mitarbeiter ist. Das sei ein Akt der Vernunft. Wir als Ebert-Stiftung müssen schauen, ob es einen Sinn macht, dass die Akten von Herbert hier in Dresden zusammengeführt werden, wenn wir das Haus hier haben. Und, das hat er auch schon in der Vorstandssitzung gesagt, beide Seiten müssen sich darum bemühen, dass die Zusammenarbeit noch besser wird. Er hat Manuela Erhart gesagt, sie solle einmal mit Christoph Meyer reden. Thomas Jurk sagt noch einmal zu den Finanzen, wir haben relativ viel Geld in der Vergangenheit bekommen, und das wird jetzt schwierig. Hans-Jochen Vogel kommt noch einmal auf das Verhältnis zwischen Friedrich-Ebert-Stiftung und Herbert-Wehner-Bildungswerk zurück. Er verweist auf die beiden bayrischen Beispiele Georg-von-Vollmar-Akademie und Akademie Frankenwarte. Im ersten Fall gab es auch eine schwierige Phase, aber mittlerweile sind die Dinge in guter Ordnung, und es sind erträgliche Lösungen gefunden worden, auch auf finanziellem Gebiet. Von dort könne der Argumentationshaushalt vervollständigt werden. Jürgen Schmude fasst zusammen, es werden weitere strategische Überlegungen über die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung angestellt werden müssen, daran führt kein Weg vorbei, und alle Hilfen sind willkommen.

4. Ziele der Stiftungsarbeit – Stand: Herbert-Wehner-Haus

Schwerpunkt des Tagesordnungspunktes ist der Bericht und die Diskussion zum Herbert-Wehner-Haus. Christoph Meyer weist auf die Unterlagen hin, wo die Vision des Hauses als gewissermaßen Stein werdende Demonstration des sozialdemokratischen Führungsanspruchs in dieser Stadt abgebildet ist.

Im vergangenen Jahr ist über mögliche Standorte gesprochen worden, und der Stiftungsbeirat hat deutlich signalisiert: Das Haus soll nah bei den Menschen sein, in einem belebten Stadtteil. Mittlerweile sind zahlreiche weitere Gespräche geführt worden, und nach einer umfangreichen Grundstückssuche ist ein geeignetes Grundstück gefunden worden, und zwar an der Bautzner Straße Ecke Pulsnitzer Straße am innenstädtischen Rand der Äußeren Neustadt. Christoph Meyer erläutert Lage, Preis, Eignung und Beschaffenheit des Grundstücks. Die Verkaufsbereitschaft der bisherigen Besitzer ist bestätigt. Meyer berichtet von zahlreichen weiteren Gesprächen mit dem AWO-Landesverband Sachsen, welcher sich entschlossen gibt, im Umfang von 600 Quadratmetern mit einer Investitionssumme von 1,2 Millionen Euro mit in das Projekt einzusteigen. Was den dritten Partner, die SPD, betrifft, so würde der Landesverband Sachsen, der auf keine ausreichenden Eigenmittel zurückgreifen kann, auf die Hilfe der Konzentration GmbH in Berlin angewiesen sein. Von dort ist seitens Barbara Hendricks die grundsätzliche und konkret auf die Ecker Bautzner/Pulsnitzer Straße bezogene Bereitschaft bekundet worden, in das Projekt einzusteigen. Voraussetzung ist allerdings, dass die sächsische SPD dann auch in das Haus einzieht und eine entsprechende Nutzungsvereinbarung abschließt, wobei die Auffassung in Berlin ist, dass das Projekt sich dann refinanzieren muss. Hier wiederum gibt es das Problem, dass der Landesverband Sachsen sich eine stärkere finanzielle Verpflichtung als bisher schon auf dem gewerblichen Mietmarkt nicht leisten kann bzw. möchte. Ein entsprechender Beschluss, dass die SPD Sachsen grundsätzlich gerne mit in das Haus einziehen möchte, gleichzeitig aber

einen finanziellen Vorbehalt machen muss, ist auf dem SPD-Landesparteitag in Chemnitz am 12./13. Juni gefällt worden. Seitdem hat sich nichts getan.

Jürgen Schmude erklärt, hier geht es um das Zusammenwirken vieler Beteiligter. Wir haben Ende 2009 430.000 Euro, können jedenfalls einen ordentlichen Grundstock einbringen, der aber durch eine Fremdfinanzierung aufgestockt werden muss, die dann wiederum zu tilgen und zu verzinsen ist. Die AWO scheint fest entschlossen zu sein, mit uns zusammenzugehen. Das Ganze macht Sinn, wenn der nächste Partner, die Partei, mit dabei ist, mit Parteibüros und auch Abgeordneten und ihren Büros. Dazu bedarf es der Unterstützung durch die Schatzmeisterin und die Konzentration GmbH, die sich aber, was finanzielle Unterstützung betrifft, zugeknöpft zeigt. Vom sächsischen Parteitagsbeschluss, so hat Barbara Hendricks kürzlich bei einer Begegnung Jürgen Schmude erzählt, habe sie „läuten gehört“, aber sie sei noch nicht auf förmlichem Wege im Besitz dieses Beschlusses, habe keine Erläuterungen dazu bekommen und wolle erst einmal abwarten, was da noch kommt. Schmude fragt Martin Dulig, ob er vielleicht wisse, wie der jetzige Stand der Information der Berliner ist. Kommen wir nicht alle miteinander zusammen, dann wird das Vorhaben äußerst schwierig, zumal die Konzentration sagt, wenn die sächsische SPD nicht mit im Boot ist, dann wir auch nicht – und dann ist für die beiden anderen Partner nicht genügend finanzielle Substanz mit an Bord.

Martin Dulig erklärt, dass es nicht an politischem Willen mangelt. Das hat er schon bei seiner ersten Rede als Landesvorsitzender gesagt. Aber die sächsische SPD hat schlechte Erfahrungen mit der Konzentration. Die Immobilie in Chemnitz steht leer, die SPD ist gezwungen, zu ungünstigen Bedingungen in diesem Haus zu bleiben, ähnlich ist die Situation in Leipzig. Es gibt Häuser in Löbau und anderswo, die stehen ganz leer. Daher muss Sachsens SPD schon genau wissen, wie die Bedingungen aussehen. Eine Bindung, ohne dass die anderen Fragen im Zusammenhang mit den Immobilien der Konzentration geklärt sind, ist sehr schwierig. Deshalb hat der Parteitag den Finanzierungsvorbehalt zu seinem klaren Bekenntnis hinzugefügt, um Dirk Panter, der organisatorisch für die Verhandlungen zuständig sein soll und diesen Auftrag hat, auch bestimmte Maßgaben mitzugeben. Er glaubt, dass Berlin eine Art Versteckspiel macht nach dem Motto Wer sich zuerst bewegt... Die sächsische SPD sei, von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit her, der kleinste Partner für das Projekt. Auf Nachfrage von Jürgen Schmude erklärt Martin Dulig, dass er nicht weiß, ob der Beschluss schon in Berlin bei Barbara Hendricks liegt. Dies, so Schmude, wäre aber eine der Voraussetzungen.

Peter Struck sagt, man muss auch über Alternativen reden. Das Projekt Herbert-Wehner-Haus ist ohne die Konzentration und mit Mehrkosten für die sächsische SPD so nicht machbar. Schlüsselperson ist Barbara Hendricks. Diese müsse den Beschluss bekommen, und dann sollte versucht werden, mit Jürgen Schmude, Martin Dulig, Peter Struck ein Gespräch mit ihr zu führen. Wenn es nicht geht, stehen wir vor der Alternative, das Projekt fallen zu lassen, gegebenenfalls das Haus in der Kamenzer Straße 12 zu erwerben.

Frank-Walter Steinmeier, der zum ersten Mal im Stiftungsbeirat dabei ist, fragt nach einer Abschätzung des Kostenvolumens für das Projekt. Christoph Meyer geht – vorsich-

tig und eher pessimistisch – von Gesamtkosten von zwischen 3 und 3,6 Millionen Euro für 1.800 Quadratmeter Bruttogeschossfläche aus. Davon müsste die AWO etwa 1,2 Millionen Euro, die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung gut 600/650.000 Euro aufbringen können. Es fehlen also zwischen 1,2 und 1,8 Millionen Euro.

Hanjo Lucassen verweist auf die Schwierigkeiten der Gewerkschaften, burgenähnliche große Volkshäuser zu halten. Das Dresdner Volkshaus steht zur Hälfte leer und ist inzwischen verkauft. Er ist demzufolge pessimistisch, dass ein so großes Haus voll vermietet werden kann. In dem Zusammenhang fragt er nach weiteren Organisationen und Mietern, die in ein solches Haus einziehen könnten und nennt als Beispiele Mieterverein oder Falken. Bei einem solchen Haus zählt außerdem, dass dort eine Gastronomie untergebracht werden kann. Jürgen Schmude meint, ein solcher Erfahrungsbericht zeigt, wie sorgfältig man rechnen muss. Hans-Jochen Vogel erklärt, dass er das Projekt schon lange befürwortet und betont, es wäre ein wichtiges Zeichen in einem Land wie Sachsen, wo die Sozialdemokratie auf nationaler Ebene ihre ersten großen Erfolge erzielt hat. Und wir sind es Herbert Wehner nicht nur schuldig, sondern er ist einer von den Sozialdemokraten, die in diesem Jahrhundert als geschichtliche Bezugsperson eine Höhe erreicht haben und – unter anderem dank des Buches von Christoph Meyer – halten wird, die nur mit wenigen anderen vergleichbar ist. Daher spricht auch auf Bundesebene eine ganze Menge für das Projekt. Vogel meint, es gibt zur Konzentration als fachkundigem Träger kaum eine Alternative. Er fragt nun erstens nach dem angedachten Rechtsstatus für das Haus, welche Vorstellungen für weitere Mieter, zum Beispiel aus dem gewerblichen Bereich es gibt und drittens, wer die Grundstücke kaufen soll.

Christoph Meyer erklärt: Mieten wollen wir nicht, sondern wir wollen Eigentümer eines klar abgegrenzten getrennten Bereiches sein. Wenn wir beispielsweise über die Friedrich-Ebert-Stiftung reden, so ist es zur Zeit völlig unvorstellbar, dass sie in ein Haus der Partei gehen würde, aber eine Nachbarschaft in parteiunabhängiger Trägerschaft ist möglicherweise ja verhandelbar. Als erstes müssen die Partner zusammengebracht – und dann eine Form gefunden werden, die den eigenen Kriterien entspricht. Was die Vermietung an Dritte betrifft, so sollen selbstverständlich Interessenten gesucht werden. Eine Kneipe bzw. Gastronomie im Erdgeschoss ist dringend erwünscht, das Haus soll abends und nachts nicht leer stehen, weswegen auch über Wohnungsbau nachgedacht werden kann. An weitere Vereine bzw. gewerbliche Nutzer ist gedacht, allerdings hat die Konzentration ihre Erfahrung mitgeteilt, dass das Finden solcher Mieter schwieriger wird, je deutlicher „SPD“ auf dem Haus steht. Aber so viel wie möglich solcher Mieter zu bekommen, wäre gut, wobei ein Übergewicht solcher gewerblicher Mieter bzw. Flächen, das zeigt das von Hanjo Lucassen angesprochene Beispiel der Gewerkschaftshäuser, zu erheblichen Abhängigkeiten führen kann. Der Vorteil bei unserem Projekt ist jedoch im Gegensatz zu so einer überkommenen „Burg“, dass gewissermaßen maßgeschneidert gebaut werden kann.

Jürgen Schmude meint, der wichtigste Punkt seien zur Zeit die wirtschaftlichen Belange. Die Konzentration möchte kein eigenes Geld nach Dresden mitbringen, sondern ein sich am Ende selbst tragendes Projekt. Darüber wird – gerade wenn der Chemnitzer Beschluss in Berlin vorliegt – noch einmal zu verhandeln sein. Denn wenn mehr von der

Konzentration nicht mehr zu erwarten ist als von einem sonstigen wohlwollenden Träger, dann ist das zu wenig. Schmude verweist auf seinen Brief an den Stiftungsbeirat von Januar 2010, wo auf die Schwierigkeit hingewiesen worden ist. Es ist möglich, dass am Ende keine Zusammenarbeit mit der Konzentration geht. Das wiederum beißt sich mit der richtigen Erkenntnis, ohne Konzentration geht es nicht. Wir sehen uns außerdem mit der berechtigten Erwartung unserer über 550 Freundeskreismitglieder konfrontiert, dass aus ihren erheblichen Spenden nicht nur ein Schatz angelegt wird, sondern dass mit dem Geld etwas geschieht.

Frank-Walter Steinmeier meint, die 400.000 Euro sind eigentlich nicht wenig Geld. Wie könnte ein Plan B aussehen, der ein Gebäudevolumen finanziert, das notfalls ohne die Partner realisiert werden kann. Müsste man nicht eigentlich auf zwei Wegen planen, also auch für ein kleineres Haus? Jürgen Schmude wirft ein, dass die Konzentration ohnehin zunächst nur für einen Standort, nämlich Bautzner Straße 61 Bereitschaft signalisiert hat. Das war allerdings bevor die AWO als Partner in Frage kam. Gibt es, so fragt Frank-Walter Steinmeier dann, Altbausubstanz in Dresden? Peter Struck und Martin Dulig sprechen noch einmal die Möglichkeit an, den jetzigen Standort Kamenzer Straße zu erwerben. Darauf erklärt Christoph Meyer, dass dies erwogen wurde, eine grundsätzliche Verkaufsbereitschaft des Vermieters besteht, der Standort sehr schön ist – wobei jedoch eine Behindertengerechtigkeit aus baulichen Gründen kaum zu bewerkstelligen ist. Im Übrigen wird das Haus dann möglicherweise zu klein, wenn die Wohnung von Greta mit ihrer Einrichtung und der Bibliothek hinzu kommt. Und einen Veranstaltungssaal gibt das Gebäude nicht her. Dass es einen Plan B geben muss, findet Christoph Meyer richtig, dieser würde ja noch mit der AWO zusammen verfolgt werden können, wobei das an der Bautzner/Pulsnitzer Straße schwierig werden könnte. Ohne SPD kämen aber alternative Standorte wieder in Frage. Dann reicht auch ein belebter Stadtteil ohne unmittelbare Zentrumsnähe. Aber zunächst sollte zügig geklärt werden, ob es nicht doch mit Konzentration und SPD geht und ob mit Berlin noch Schritte gegangen werden können.

Jürgen Schmude meint, die sächsische SPD hat keine Rücklagen, die in das Projekt eingebracht werden können (Scherzhafter Einwurf von Martin Dulig: „Die liegen alle in der Konzentration“). Martin Dulig findet es wichtig, es trotz herben Charmes in Berlin noch einmal zu versuchen. Er würde sich selbst dabei einbringen. Er spricht Rückerstattungen für ostdeutsche Immobilien an, die DD-V mit ihrer guten Gewinnausschüttung. Sachsen könne nichts dafür, dass die Tradition der SPD hier vierzig Jahre unterbrochen war. Das sollte als Argument noch einmal in die Diskussion eingebracht werden. Hans-Jochen Vogel fragt nach den Hilfen der Bundes-SPD für die sächsische Partei, welche nach Martin Duligs Kenntnis bei etwa 400.000 Euro jährlich liegt, aber langsam und stetig abgesenkt wird. Peter Struck meint, Martin hat nicht ganz Unrecht, es muss geklärt werden, ob Barbara Hendricks nicht noch etwas mehr beitragen kann und regt nochmals das Gespräch im Kreise Struck – Schmude – Hendricks – Dulig an. Und wenn dabei nichts herauskommt, muss eben festgestellt werden, es hat keinen Sinn, das gemeinsam zu versuchen. Dann muss ein alternativer Weg beschritten werden.

Jürgen Schmude hält fest: Wir bitten die sächsischen Genossen, förmlich den Beschluss ihres Landesparteitags zu übermitteln, zugleich mit einem Hinweis auf den Gesprächsbedarf, dem Peter Struck und Jürgen Schmude sich anschließen. Ziel des Gesprächs soll sein, ein für allemal Klarheit darüber zu bekommen: Geht



es mit der Konzentration oder geht es mit ihr definitiv nicht? Hans-Jochen Vogel bittet um eine Abschrift des Schreibens an Barbara Hendricks, um gegebenenfalls selbst noch einmal Stellung beziehen zu können. Peter Struck meint, auch Frank-Walter Steinmeier (Hans-Jochen Vogel: Sigmar Gabriel) sollte eine solche Ablichtung bekommen. Jürgen Schmude regt an, die sächsische SPD solle in einem Begleitschreiben zu dem Beschluss noch einmal ihre Meinung und Beweggründe kurz zusammengefasst schildern. Martin Dulig sagt, es ist im Zusammenhang mit den Häusern immer wieder ein Problem aufgetaucht: Es gibt einige Häuser, die leer stehen und völlig unvermietet sind. Beispielsweise in Löbau. Es ist schon die Frage gestellt worden, warum die Konzentration sich nicht von solchen unwirtschaftlichen Objekten trennt, worauf der Hinweis erfolgte, hierzu gebe es einen Grundsatzbeschluss des Parteivorstandes. Hans-Jochen Vogel erinnert an lebhafte Debatten im Rahmen der deutschen Einheit. Die SPD habe sich mit dem Anspruch auf Rückerstattung dieser Häuser durchgesetzt.

An dieser Stelle geht Jürgen Schmude zur Diskussion des Beschlussvorschlags und der dazu gehörigen Protokollnotiz über. Auf jeden Fall soll das Gespräch in Berlin geführt werden, und darüber ist im Stiftungsbeirat zu berichten und zu beraten. Nach einer kurzen Antragsdiskussion fasst der Stiftungsbeirat einstimmig den in der Anlage dokumentierten Beschluss.

5. Verschiedenes

Hanjo Lucassen regt an, in der Seminararbeit nach neuen Möglichkeiten zu suchen, das Ehrenamt zu fördern und Menschen zur ehrenamtlichen Arbeit zu ermutigen und zu befähigen. Als Beispiel nennt er nicht nur den Bereich der Arbeitnehmer, sondern auch der Beiräte, Stiftungen und besonders ehrenamtliche Richter und Schöffen. Christoph Meyer verweist auf die erheblichen Bemühungen des Bildungswerks, trotz großer Schwierigkeiten mit seiner Arbeit für ehrenamtliche Aktivität zu werben. Für Hinweise, wie beispielsweise Schöffen und andere gezielt und Erfolg versprechend angesprochen werden können, ist er offen und dankbar.

Jürgen Schmude dankt allen Anwesenden herzlich für die Beteiligung an der Sitzung. „Sie hat uns ein gutes Stück weitergebracht.“

Einstimmiger Beschluss

der 7. ordentlichen Sitzung des Stiftungsbeirats der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung am 11. Juli 2010

Der Stiftungsbeirat spricht sich für die Errichtung des Herbert-Wehner-Hauses an der Bautzner Straße 57-61 in Dresden-Neustadt aus. Der Beirat wünscht eine möglichst großzügige, die Stiftung nicht über ihre Möglichkeiten hinaus belastende Planung in gleichberechtigter Partnerschaft mit AWO und Bundes- sowie Landes-SPD. Gespräche zur Bildung einer Partnerschaft sollen bis zum Herbst 2010 geführt werden. Der Einzug in das Gebäude soll spätestens Anfang 2012 erfolgen.

Der Vorsitzende des Stiftungsbeirats ist nach seinen Möglichkeiten an den Gesprächen zu beteiligen und vor Abschluss des Geschäfts zu informieren.

Anwesend:

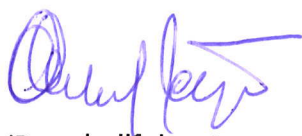
Greta Wehner, Dr. Jürgen Schmude, Peter Adler, Hanjo Lucassen
Dr. Christoph Meyer (Protokollführer)
Martin Dulig, Thomas Jurk, Dr. Frank-Walter Steinmeier, Dr. Peter Struck, Dr.
Hans-Jochen Vogel (Gäste)

Notiz zum Protokoll

der 7. ordentlichen Sitzung des Stiftungsbeirats der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung am 11. Juli 2010

Vorstand und Vorsitzender des Stiftungsbeirats erklären, dass sie die folgenden Ziele im Zusammenhang mit dem Projekt nachdrücklich verfolgen werden:

- In einer zu gründenden Baugemeinschaft/Gesellschaft ist die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung mindestens gleichberechtigte Partnerin, die über Planung und Bau ihres Teileigentums selbst bestimmen und bei wichtigen Fragen in Bezug auf die Errichtung und Gestaltung des Gemeinschaftseigentums nicht überstimmt werden kann.
- Entscheidendes Kriterium für die Wahl des Standorts ist für die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung neben der Finanzierbarkeit die öffentlichkeitswirksame Lage in einem belebten und bevölkerten Gebiet bei gleichzeitiger Sichtbarkeit im Stadtbild. Am Dach des Gebäudes ist – weithin sichtbar – der Schriftzug „Herbert-Wehner-Haus“ anzubringen. Auf der Fassade im Bereich der Räumlichkeiten der Stiftung ist – weithin sichtbar – das Herbert-Wehner-Logo anzubringen.
- Im Falle des Grunderwerbs an der Bautzner/Pulsnitzer Straße sind alle drei Grundstücke (Bautzner Str. 57, 59 und 61) zu erwerben – gegebenenfalls auch für einen späteren Erweiterungsbau, wenn das Herbert-Wehner-Haus zunächst nur auf der Fläche Bautzner Str. 59/61 bzw. 61 errichtet werden sollte. Die Errichtung eines mindestens 200 Quadratmeter großen Veranstaltungssaals auf dem Grundstück ist – wenn sie nicht schon im ersten Bau verwirklicht werden kann – zumindest als Option für die Zukunft offen zu halten. Das Grundstück Nr. 57 (und ggf. Nr. 59) kann gegebenenfalls auch von der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung bzw. der Neuen Gesellschaft Sachsen allein erworben werden.
- Die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung ist alleinige Eigentümerin des von ihr zu nutzenden, in sich geschlossenen und separat zugänglichen Geschäftsflächeneigentums von etwa 350 Quadratmetern mit mindestens 10 Metern Ladenfront (mit Schaufenster) im Erdgeschoss. Diesem Teileigentum ist mindestens ein PKW-Stellplatz auf dem Grundstück zuzuordnen.
- Die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung soll über die übliche Beteiligung am Gemeinschaftseigentum hinaus (Betriebskosten, Verwaltungskosten, Instandhaltung) keine sie finanziell bindenden langfristigen Vereinbarungen und Verträge zur Nutzung von Tagungsräumen o.ä. im Herbert-Wehner-Haus eingehen.



(Protokollführer)



7. Ordentliche Sitzung des Stiftungsbeirats, 11. Juli 2010

Anwesenheitsliste

Name	Unterschrift
<i>Mitglieder:</i>	
Greta Wehner	Greta Wehner
Dr. Jürgen Schmude	Jürgen Schmude
Peter Adler	Peter Adler
Dr. Klaus Deubel	entschuldigt
Hanjo Lucassen	Hanjo Lucassen
Franz Müntefering	entschuldigt
Dr. Eva-Maria Stange	entschuldigt
<i>Stiftungsvorstand:</i>	
Dr. Christoph Meyer	Christoph Meyer
<i>Gäste:</i>	
Martin Dulig	Martin Dulig
Thomas Jurk	Thomas Jurk
Dr. Frank-Walter Steinmeier	Frank-Walter Steinmeier
Dr. Peter Struck	Peter Struck
Dr. Hans-Jochen Vogel	Hans-Jochen Vogel